

Öffentliche Anhörung

zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Agrokraftstoffquote durch Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes.

Stellungnahme

Netzwerk Lebensmittelforum

Das Netzwerk Lebensmittelforum ist eine Interessenvertretung von Verbänden der Lebensmittelwirtschaft, von denen der

Verband der Deutschen Margarineindustrie e.V.

Verband Deutscher Mühlen e.V.

Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks e.V.

Milchindustrieverband e.V.

Verband der Backmittel- u. Backgrundstoffhersteller e.V.

Deutscher Mälzerbund e.V.

Deutscher Brauer-Bund e.V.

gegenüber dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Deutschen Bundestag nachfolgend Stellung nehmen.

Die vom Netzwerk Lebensmittelforum in Sachen Agrokraftstoffe (Biokraftstoffe) erfassten Wirtschaftsbereiche halten nicht nur eine Erhöhung der Beimischungsgrenzen, sondern die Festlegung von Quoten generell für einen verfehlten Ansatz der Energiepolitik.

Der durch politische Vorgaben und Subventionen angetriebene Anbau von nachwachsenden Rohstoffen ist mit Nachteilen für die Umwelt verbunden. Dem hohen Flächenbedarf des Biomasseanbaus stehen eine mangelhafte Energieeffizienz von Agrokraftstoffen und eine Verknappung von Lebensmitteln gegenüber. Die Förderung von Agrokraftstoffen (durch Subventionen oder Festlegung von Quoten) führt zu einer negativen Bilanz, die

- kaum umweltpolitische Nutzen bringen,
- eine zweifelhafte Energiebilanz ausweist,
- nicht nennenswert zu einer Versorgungssicherheit führt und
- zu einer Belastung der Verbraucher durch höhere Benzin- und Lebensmittelpreise beiträgt. (Die Preissteigerungen für Lebensmittel betragen im vergangenen Jahr durchschnittlich 10 %.)

Die Erhöhung der Beimischungsgrenzen führt eindeutig zu einer weiteren Verschärfung

der Konkurrenz zwischen Teller und Tank. Durch die Verknappung der Rohstoffe zur Herstellung von Lebensmitteln werden Preiserhöhungen ausgelöst. Das führt zur weiteren Steigerung der Inflation. Nicht alle Betriebe sind jedoch in der Lage, diese notwendigen Erhöhungen weiterzugeben. Damit stellt sich letzten Endes die Existenzfrage.

Durch die begrenzten Anbauflächen in Deutschland muss die eingesetzte Biomasse in Anbetracht der utopischen Beimischungsziele zu einem Großteil durch Importe gedeckt werden. Preise und Mengen werden dann zunehmend vom Weltmarkt diktiert. Eine neue Abhängigkeit von Lebensmittelimporten wird die Folge sein. Die erhoffte Unabhängigkeit von Importen ist eine Illusion. Die jetzigen Lieferländer von Energie wären dabei teilweise mit denen für Lebensmittel identisch. Länder, die z. B. über entsprechende Anbauflächen für Getreide verfügen, sind sich ihrer Stärke durchaus bewusst, wie die Einführung von Exportsteuern in der Ukraine bereits gezeigt hat. Schon heute denkt Russland als bald größter Weizenexporteur über die strategische Bildung einer „Getreide-OPEC“ nach.

Wir bezweifeln auch, dass mit der Erhöhung der Beimischungsgrenzen ein signifikanter Beitrag zur Treibhausgasreduzierung, insbesondere an CO₂ und N₂O (Lachgas) geleistet wird. Bei einem Ersatz herkömmlicher Kraftstoffe durch einen Mix aus heimischen und importierten Agrokraftstoffen von 5,75 % sinkt die Menge an fossilem Kohlenstoff, der entlang der gesamten Energiekette aufgewendet werden muss, gerade einmal um 3,5 %, wenn man von der enormen Bedeutung der Brandrodung absieht. Den geringen CO₂-Einsparungen stehen hohe Kosten gegenüber: Pro Tonne vermiedenem CO₂ müssen bei Biodiesel (RME) rund 220 Euro, bei Bioethanol (aus Zuckerrüben, Mais, Weizen) rund 250 Euro aufgewendet werden.

Um eine 10 %-ige Agrodieselbeimischung zu erreichen, sollen bis zu 3 % hydrierte Pflanzenöle eingesetzt werden. Es stellt sich die Frage, welche Pflanzenöle hierbei zum Einsatz kommen sollen. In der EU-25 wanderten 2006/2007 bereits ca. 65 % der Ernte in den Tank; mit Soja- und Palmanbau geht Regenwaldvernichtung einher.

Bei einer umfassenden Betrachtung der Produktion von Agrokraftstoffen vom Feld bis in den Tank wird deutlich, dass z. Zt. kein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden kann, jedoch massive Auswirkungen auf die Lebensmittelproduktion zu befürchten sind. Das Ziel, durch Agrokraftstoffe zur Treibhausgasreduzierung beizutragen, wird verfehlt. Durch die notwendigen massiven Importe wird die angestrebte Unabhängigkeit von ausländischem Erdöl von einer Abhängigkeit von Pflanzenöl-, Getreide- und anderen Rohwarenlieferungen abgelöst. Viel sinnvoller ist eine Nutzung von Biomasse in der Wärme- bzw. gekoppelten Wärme- und Stromerzeugung. So hat der Sachverständigenrat für Umweltfragen im Juli 2007 in seinem Sondergutachten „Klimaschutz durch Biomasse“ herausgestellt, dass diese Nutzung bis zu drei Mal effizienter und wesentlich kostengünstiger eingesetzt werden kann als im Kraftstoffbereich.

Neben dem Sachverständigenrat für Umweltfragen haben sich bisher viele andere Institutionen und Persönlichkeiten mit der Politik der Förderung von Agrokraftstoffen der ersten Generation befasst. Alle Empfehlungen lauten zusammengefasst: Stopp der derzeitigen Förderung von Agrokraftstoffen der ersten Generation. Der Einsatz von Agrokraftstoffen ist im besten Falle klimaneutral, im schlimmsten Falle sogar klimaschädlich. In keinem Fall aber wird das Klima der einzelnen Länder und somit das weltweite Klima verbessert.

In einer aktuellen Ausarbeitung des International Food Policy Research Instituts (ifpri) in Washington wird u. a. auf die bereits erfolgten und zukünftig durch Agrokraftstoffe zu erwartenden Preissteigerungen für Lebensmittel hingewiesen.

Besondere Bedeutung haben die Aussagen von ifpri für die bereits erfolgten und

zukünftig durch Agrokraftstoffe zu erwartenden Preissteigerungen für Lebensmittel. Sie werden von der nationalen Politik bisher noch weitgehend ignoriert und somit wird auch die daraus folgende existenzgefährdende Benachteiligung der Menschen in den armen Ländern.

Nach den Analysen von ifpri dürften sich, wenn die ehrgeizigen deutschen Vorgaben in Sachen Agrokraftstoffe Schule machen, die Preise etwa von Mais weltweit real um 72 % erhöhen. Damit müssten die Verbraucher den Anteil ihres Einkommens, den sie für Nahrungsmittel ausgeben, in bisher nicht gekannter Größenordnung erhöhen. Es bleibt ein Rätsel, wie die 1 Mrd. Einwohner, die heute von weniger als 1 Dollar leben und ihr gesamtes Geld für Essen und Trinken ausgeben müssten, dies bewerkstelligen sollten.

Beim Anteil, der heute bei der so genannten „Rettung des Klimas“ dem Agrokraftstoff zgedacht sein soll, kämen wir bereits in kürzester Zeit auf **Preissteigerungen bei der Grundnahrung um 30 – 50 %**. Die Preise für Rohstoffe, die zur Agrokraftstoffherstellung genutzt werden, sind immer deutlicher gekoppelt an die Energiepreise. In den letzten fünf Jahren seien die Preisschwankungen bei Ölsaaten doppelt so hoch wie in den Dekaden zuvor gewesen. **Wollten die USA auch nur die Hälfte jenes 20 %-igen Anteils, der bei uns Pflicht werden soll, als Agrokraftstoff in den Tank füllen, müssten sie die gesamte Mais- und Sojaernte der USA der Nahrungsproduktion entziehen.** Subventionen für Agrokraftstoffe richten sich extrem gegen die Menschen in den armen Ländern, weil sie direkt als Steuern auf deren Grundnahrungsmittel wirkten, soweit die Aussagen von ifpri.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die einzigen echten Profiteure einer weiteren Erhöhung der Beimischungsquoten die Agrokraftstofflobby, die Mineralölindustrie und einige Landwirte sind, während alle anderen gesellschaftlichen Gruppierungen sowie die Umwelt die Verlierer sein werden.

Allerdings haben wir die Hoffnung auf Einsicht der Politiker noch nicht aufgegeben. Der EU-Umweltkommissar Stavros Dimas hat in einem BBC-Interview zugegeben, dass „Umwelt und soziale Probleme, die durch Agrokraftstoffe hervorgerufen werden, größer sind als bisher angenommen“. Das lässt für die unmittelbare Zukunft hoffen.

Unsere Hoffnung wird auch durch die neue Studie „Biofuels in the European Context“ des Joint Research Councils (JRC) der Europäischen Kommission genährt. Hier sind drei wichtige Erkenntnisse aus der Studie:

- Ob eine Reduzierung des Treibhausgaseffektes mittels Agrokraftstoffen erreicht werden kann, ist äußerst zweifelhaft. Der Nutzungswechsel auf der Fläche (Abholzung, Trockenlegung oder Wandlung von Grass- in Ackerland) wird wahrscheinlich jeden positiven Agrokraftstoffeffekt ins Negative kehren.
- Versorgungssicherheit kann besser durch den Aufbau von strategischen Mineralölreserven erreicht werden als durch noch viel höhere Investitionen in Agrokraftstoffe, die einen sehr begrenzten Versorgungscharakter hätten.
- Der Report geht von unbedeutenden Beschäftigungseffekten aus, weil gegen den Beschäftigungsaufbau in der Agrokraftstoffbranche Beschäftigungsabbau in den betroffenen Industrien stattfände.
- Die Studie fasst wie folgt zusammen: Die Kosten für EU-Agrokraftstoffe übersteigen den Nutzen.

Im aktuellen Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates Agrarpolitik beim BMELV wurde die deutsche Agroenergiepolitik sogar förmlich zerrissen. Die wichtigsten Kernaussagen lauten wie folgt:

- Die hohe Subventionierung von Agrokraftstoffen und Biogas auf Maisbasis ist „energetisch und klimapolitisch ineffizient“.
- Im Hinblick auf die Versorgungssicherheit und die Beschäftigung lässt sich die derzeitige Förderung der Bioenergieerzeugung auf Ackerflächen nicht rechtfertigen.
- Der Beirat empfiehlt, **die Förderung auf solche Bioenergielinien auszurichten, die nicht in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion stehen**, zur Vermeidung von CO₂-Emissionen aus Gülle beitragen und besonders niedrige CO₂-Vermeidungskosten haben.
- Das Hauptaugenmerk sollte künftig gerichtet werden auf die Erzeugung von Bioenergie in wärmegeführten Kraft-Wärme-Kopplungen (KWK) – oder Heizanlagen auf Basis von Hackschnitzeln sowie auf Biogasanlagen, die mit Gülle und Reststoffen betrieben werden.
- **Die Beimischungssziele für Agrokraftstoffe müssten zurückgenommen**, der Nawaro-Bonus für Biogas in andere Anreizinstrumente überführt werden.

Der Beirat stellt im Einzelnen weiter fest, dass mehr Effizienzorientierung mehr Klimaschutz bei gleichem Aufwand ermögliche. Käme es zu einer Kurskorrektur in der deutschen Förderpolitik, könnte die durch Agroenergie erreichte CO₂-Verminderung bei konstantem Budget vervielfacht werden, ohne dass hierfür mehr Agrarfläche in Anspruch genommen werden müsste.

Aufgrund der weltweiten Knappheit der Ackerflächen würden bei steigenden Erdölpreisen auch die Preise für Bioenergie steigen. In der Folge werde das gesamte Agrarpreisniveau mit nach oben gezogen, so dass auch die Rohstoffkosten für die Agroenergieanlagen hierzulande in die Höhe gingen. Schließlich führe eine großflächige Ausdehnung der Agroenergie bei knappen Ackerflächen zwangsläufig dazu, dass zum einen bislang nicht genutzte Flächen im Zuge von Grünlandumbruch und Waldrodung in Kultur genommen, zum anderen die Bewirtschaftung intensiviert werde. **Durch die damit verbunden Erhöhung der CO₂- und N₂O- Emissionen werde sich die Ausdehnung der Agroenergieerzeugung auf Ackerflächen sogar negativ auf den Klimaschutz auswirken.**

Der Beirat äußerte sich auch skeptisch zur Wirksamkeit von Zertifizierungssystemen. Sie stellten in der Regel nur die ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Flächen sicher, die für die Erzeugung von Bioenergie zum Export nach Europa genutzt würden, ließen aber Anpassungsreaktionen in Form verstärkter Flächeninanspruchnahme an anderer Stelle außer Acht.

Auch die Auswirkung der Agroenergieförderung auf die Beschäftigung in ländlichen Räumen wird kritisch bewertet. Nachdem die Flächenstilllegung aufgehoben worden sei, führe die Ausdehnung der Bioenergie auf landwirtschaftlichen Flächen zwangsläufig zur Verdrängung der Futter – und Nahrungsmittelproduktion. Gehe dies überdies zu Lasten der Tierproduktion einer Region, seien damit **negative Folgen für die Beschäftigung** verbunden.

Die Wissenschaftler warnen davor, den möglichen Beitrag der Bioenergie zur Versorgungssicherheit in Deutschland zu überschätzen. **Selbst bei einem Anbau von Agroenergiepflanzen auf 30 % der Ackerfläche würde die damit erzeugte Energie lediglich 2,3 % des Endenergieverbrauchs in Deutschland decken.**

Last but not least hält es der Beirat für „unglücklich, dass die Bundespolitik sich künftig in Fragen der Bioenergieförderung in erster Linie von einem Institut beraten lassen will, dessen Existenz von der Förderung der Bioenergie abhängt und das nicht dem üblichen

wissenschaftlichen Evaluationsmechanismus unterworfen ist“. Bei dieser Konstellation bestehe das Risiko einer verzerrten Politikberatung.

Die beiden vorzitierten wissenschaftlichen Gutachten der unabhängigen renommierten Institutionen auf europäischer und nationaler Ebene bestätigen und untermauern eindrucksvoll unsere bereits seit längerem vorgetragenen Argumente gegen die Agrokraftstoffförderpolitik.

Das „Netzwerk Lebensmittelforum“ fordert daher ein Moratorium in Sache Agrokraftstoffe, um politische Fehlentwicklungen mit Auswirkungen für die gesamte Öffentlichkeit zu verhindern. Dafür sind die Hauptbetroffenen der Lebensmittelwirtschaft in die politische Willensbildung sachgerecht einzubeziehen.

Zudem fordern wir die Einführung einer „Überprüfungsklausel“ für die derzeit festgelegte Beimischungsquote. Im Falle erkennbarer unvorhersehbarer Rohstoffknappheiten (Missernten) muss eine gesetzlich fixierte Möglichkeit bestehen, die Beimischungsquote nach unten zu korrigieren. So ist gewährleistet, dass die Rohstoffversorgung der betroffenen Lebensmittelwirtschaft gesichert bleibt und nicht den Interessen von Agrokraftstoffherstellern und Mineralölindustrie geopfert wird.

Die bisherige Agroenergiepolitik führt in weiten Teilen zu einer Schädigung bei Wirtschaft, Verbraucher und Umwelt. Schließlich wünschen wir uns eine grundsätzliche Rückbesinnung aller auf folgende fundamentale Erkenntnis: Lebensmittel sind zum Leben und nicht zur Energieproduktion vorgesehen.